76. Jahrgang. Nr. 215 Sonntag, 8. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Der Präsident der französischen Republik †

Doumers Leiche ins Elysee übergeführt

Paris, 7. Mai. Um 4,40 Uhr früh ist der Präsident der französischen Republik, Paul Doumer, den schweren Verletzungen, die ihm bei dem Revolveranschlag des Russen Gorguloff beigebracht worden sind, erlegen.

Der Tod des französischen Staatspräsidenten hat in unterrichteten Kreisen niemanden überrascht. Schon seit 22 Uhr abends wußte man, daß nur ein Wunder das Schlimmste abwenden könnte. Ministerpräsident Tardieu und die Mitglieder der Regierung hatten in den Abend- und Nachtstunden das Krankenhaus fast nicht verlassen. Die Gattin des Staatspräsidenten und seine Tochter verharrten bis zum letzten Augenblick am Krankenlager. Seit 2 Uhr hatte Doumer das Bewußtsein verloren.

Vor dem Krankenhaus hatte sich auch in den Nachtstunden eine große Menschenmenge angesammelt, die in banger Erwartung auf die Nachrichten wartete, die von Zeit zu Zeit ausgegeben wurden. Die Ankündigung von dem Tode des Präsidenten wurde mit tiefem Schweigen hingenommen. Die Häupter entblößten sich. Nach und nach verlief sich dann die Menge, um nunmehr vor den Zeitungsredaktionen das Erscheinen der Sonderausgaben abzuwarten.

Um 5,15 Uhr wurde die Leiche nach dem Elysee übergeführt. Den Zug begleiteten Ministerpräsident Tardieu und die im Augenblick des Ablebens im Krankenhaus anwesenden Minister. Frau Doumer hat einige Augenblicke später in Begleitung ihrer beiden Töchter das Krankenhaus ebenfalls verlassen. Als die Leiche im Elysee eintraf, erwiesen ihr die republikanische Garde und die anwesenden Polizisten militärische Ehren.

Die sterbliche Hülle ist im Elysee vorläufig aufgebahrt worden, angetan mit dem Großkreuz der Ehrenlegion und mit allen Orden und Ehrenzeichen. Heute vormittag wird die Einbalsamierung erfolgen. Alsdann wird das Publikum die Möglichkeit haben, am Katafalk vorüberzuziehen. Die Einzelheiten über die Beisetzung des Staatsoberhauptes werden im Kabinettsrat, der um 11,30 Uhr im Außenministerium stattfindet, festgesetzt werden.

Nach einer Meldung des „Matin", ist im Augenblick des Attentats auf Doumer eine Besucherin durch eine verirrte Kugel ebenfalls leicht verletzt worden.

Die Frau des Attentäters Gorguloff ist gestern in Monaco verhaftet worden.

„Echo de Paris" hat von Prof. Abramoff, dem Vorsitzenden der Vereinigung russischer Aerzte in Frankreich, Auskunft über Gorguloff erhalten. Der Attentäter hatte 1931 seine Aufnahme in diese Vereinigung beantragt und dabei angegeben, daß er seine medizinischen Studien nicht in Rußland, sondern in Prag absolviert und dort auch das Doktordiplom erhalten habe. Gorguloff sei ihm bereits damals sehr eigenartig und höchst verworren vorgekommen. Man habe seine Aufnahme abgelehnt, um so mehr, als er den Eindruck eines unkultivierten und seiner geistigen Fähigkeiten nicht ganz mächtigen Menschen gemacht habe. Die angebliche russische Faschistenvereinigung, der der Täter anzugehören behauptete, kenne er, Abramoff, nicht.

Der Staatsmann Paul Doumer

Fast ein Jahr nach dem größten Triumph seines Lebens, der Wahl zum französischen Staatspräsidenten, ist Paul Doumer dem Revolveranschlag eines vermutlich geisteskranken russischen Fanatikers zum Opfer gefallen. Wie am 13. Mai 1931 die Welt durch die Niederlage Briands im höchsten Grade überrascht wurde, so ist jetzt der Revolveranschlag auf Doumer eine völlig unerwartete Sensation. Denn man sollte glauben, daß die Geschichte der letzten Zeit zur Genüge gelehrt hat, welche Torheit dem politischen Mord innewohnt. Er hat bisher nur stets der politischen Richtung des Mörders geschadet. Man kann deshalb das Verbrechen, dem der französische Staatspräsident zum Opfer gefallen ist, nicht als eine politische, sondern als eine kriminelle und pathologische Angelegenheit werten. Sie ist die Tat eines von politischen Wahnideen besessenen Geisteskranken. Wenn ein Staatsmann politisch kaum hervorgetreten ist, dann war es Doumer. Er hat in dem Jahre seiner Präsidentschaft, gemäß der Tradition seiner Vorgänger — Millerand und Poincaré bildeten Ausnahmen —, sich bemüht, möglichst wenig von sich reden zu machen. Er faßte sein Amt im wesentlichen als eine repräsentative Aufgabe auf, der er sich mit jener Würde, Ruhe und korrekten Art widmete, die für ihn typisch war. Um so überraschender kommt das Verbrechen, dem ein Mann zum Opfer gefallen ist, der vor kurzem, am 22. März, seinen 75. Geburtstag feiern konnte und der seiner ganzen Veranlagung nach und gemäß der rein repräsentativen Stellung seines Amtes, das sich mit der politischen Bedeutung, zu der die Stellung des deutschen Reichspräsidenten sich entwickelt hat, gar nicht messen läßt, sich äußerster Zurückhaltung befleißigte. Doumer hätte diese Zurückhaltung angesichts seines hohen Alters bestimmt nicht wieder aufgegeben. Der ermordete Staatspräsident kam, wie so viele französische Politiker, vom Marxismus, um sich schließlich zum typischen Vertreter der Rechten zu entwickeln. Vor einem Jahre besiegte er ja auch als Mann der Rechten Briand, der von den Linksgruppen aufgestellt wurde. Der geisteskranke Bolschewistenhasser, der sich als russischer Faschistenführer bezeichnete, hätte in ihm also zum mindesten einen Gegner der bolschewistischen Weltanschauung sehen müssen.

Es ist eine besondere Tragik im Leben Doumers, daß er, der in seinem langen Leben nur das eine Ziel verfolgte, Staatspräsident zu werden, und dieses Ziel als der unpolitischste Politiker Frankreichs schließlich im 75. Lebensjahre erreichte, nun einer Tat des politischen Wahnsinns zum Opfer fiel. Denn er war schließlich das untauglichste Objekt für politische Attentate. Niemals ist es Doumer trotz oder gerade wegen seines Erfolges bei der Präsidentschaftswahl gelungen, eine nennenswerte politische Rolle zu spielen. Bekanntlich wählt ja auch die Nationalversammlung, bestehend aus Kammer und Senat, mit Vorliebe den Kandidaten, der am wenigsten politisch von sich reden gemacht hat.

Doumer wuchs in den ärmlichsten Verhältnissen auf. Im Jahre 1857 wurde er in Aurillac als Sohn eines Arbeiters geboren. Es wird berichtet, daß sein Vater später barfuß mit Weib und Kind nach Paris gezogen sei. Dort wurde Doumer Seherlehrling. Durch viele Jahre suchte er durch fleißige Nacharbeit seine Bildung zu vervollständigen und bestand schließlich mit 22 Jahren die Lehrerprüfung. Aber auch dieses Ziel genügte ihm nicht, er schloß sich der Sozialdemokratie an und wurde Journalist. Mit 31 Jahren tritt er bereits in die Kammer ein. Es gelingt ihm, sieben Jahre später Finanzminister zu werden, und als kurze Zeit darauf die Rechte ans Ruder kommt — seine rote Farbe begann bereits während seiner Ministerzeit stark zu verblassen —, wurde er Generalgouverneur von Indochina. Diese Ernennung ist nie ganz geklärt worden. Seine ehemaligen Parteifreunde haben in diesem Zusammenhang von einem „Fall Doumer", von einer dunklen Affäre gesprochen. Ob man den radikalen Politiker von Paris weglocken wollte oder ob die Ernennung der Lohn einflußreicher Kreise für die Beseitigung einer gewissen Einkommensteuer war, — jedenfalls bedeutete dieses Amt den Wendepunkt im Leben Doumers. Er kam als schwerreicher Mann und als Politiker der Rechten zurück. Bald darauf wird er als ihr Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen gegen Fallières aufgestellt. Er unterliegt. Es ist jedoch charakteristisch für die Zähigkeit Doumers, daß er, anstatt zu resignieren, sich 25 Jahre lang für die Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidat vorbereitet, bis sich ihm vor einem Jahre die günstige Gelegenheit bietet, die für ihn so tragisch enden sollte.

Aber in dieser ganzen Zeit bleibt Doumer politisch stets im Hintergrund. Er wird zwar von Poincaré zum Minister ohne Portefeuille ernannt, aber man will ihn dadurch nur völlig kaltstellen. Da gelingt es ihm, 1920 auf Grund seines Alters Senatspräsident zu werden. Das ersehnte Sprungbrett für eine neue Präsidentschaftskandidatur ist geschaffen. Er gewinnt auch trotz seines mürrischen Wesens eine gewisse Volkstümlichkeit. Denn er ist Vater von sieben Kindern, und vier seiner Söhne sind im Weltkrieg gefallen. Die Wahl Doumers zum Staatspräsidenten hatte insofern Bedeutung, als sie zur schwersten Niederlage Briands wurde, die das politische Ende des Außenministers einleitete.

Auch der verbrecherische Anschlag auf Doumer kann ernste politische Folgen haben, da er die Verschiebung des politischen Schwergewichts nach links, die für den zweiten Gang für die Kammerwahlen zu erwarten stand, verhindern kann und so Tardieu möglicherweise erneut eine Mehrheit zu bringen vermag.

Paris in Trauer

Paris, 7. Mai. Alle öffentlichen Gebäude, die Botschaften und Gesandtschaften, darunter auch die deutsche Botschaft, haben anläßlich des Ablebens des französischen Staatschefs die Flagge auf halbmast gesetzt. Auch zahlreiche Privatgebäude haben halbmast geflaggt oder Fahnen mit schwarzem Flor ausgehängt.

Seit heute früh statten die offiziellen Persönlichkeiten, unter ihnen Botschafter v. Hoesch, dem Präsidentschaftspalais ihren Besuch ab. Kammerpräsident Fernand Bouisson wird im Laufe des Tages eine Unterredung mit Senatspräsident Lebrun über die Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles zur Wahl des neuen Präsidenten haben.

Arbeitsbeschaffung

In der Blütezeit des Kabinetts Brüning war der Rücktritt eines Ministers eine Sensation. Man erinnert sich noch, wie schwer seinerzeit dem wirtschaftsparteilichen Parteiführer Dr. Bredt der Rücktritt vom Justizministerium gemacht wurde. Höchster Grundsatz war der Zusammenhalt des Kabinetts; keines seiner Mitglieder sollte den Kanzler verlassen, und dieser wollte jedes einzelne halten. Wie haben sich doch diese Zeiten geändert! Der Reichswirtschaftsminister Warmbold brauchte in den letzten Tagen nur ein Wort zu sprechen, und schon war er sang- und klanglos verabschiedet. Wärmsten Dank für Ihre Dienste und ade! Der als Nachfolger in Aussicht genommene Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler lehnt ab; macht nichts, der Staatssekretär mag die Arbeit allein machen. Diese Verfahrensart zeigt aufs neue die langsam in Selbstauflösung übergehende innere Brüchigkeit der Reichsregierung. Darüber hinaus kündigt sie einen weiteren Annäherungsschritt Brünings zur Sozialdemokratie an, deren Stimmen er demnächst im Reichstag gegen die Rechtsopposition wieder dringend braucht.

Eine andere Erinnerung ist in diesem Zusammenhang notwendig. Bei der großen Umbildung des Kabinetts, als Wirth und Guerard ausgeschifft wurden, suchte der Kanzler Wirtschaftsführer als Ersatz. Er bekam eine Reihe von Körben, nur Warmbold fand sich schließlich bereit, seinen guten Namen für ein zweifelhaftes Experiment herzugeben. Seitdem hat man nichts wieder von ihm gehört; seine Arbeitskraft wurde wahrscheinlich erschöpft in der Verhinderung wirtschaftspolitischer Torheiten, bis es an einer solchen doch zum Bruch kam. „Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen", heißt es schlicht und einfach in der amtlichen Mitteilung über den Grund seines Rücktritts. Man hätte zur besseren Aufklärung ruhig hinzufügen können, daß Warmbold im Kampfe mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald um die 40-Stunden-Woche unterlag. Der robustere Linkspolitiker hat gesiegt, und der Wirtschaftssachverständige ist gegangen. Das ist der tiefere und eigentliche Sinn dieser Teilkrise im Brüningkabinett.

Der Konflikt hat sich zugespitzt in den Beratungen über die Arbeitsbeschaffung, die in neuen Notverordnungen ihren Niederschlag finden sollen. Und zwar in zweierlei Gestalt: indirekt durch die probeweise Einführung der 40-Stunden- oder Fünf-Tage-Woche in einigen wichtigen Industriezweigen und direkt durch ein Programm zusätzlicher Arbeitsbeschaffung, bei dem nicht die zu schaffende Arbeitsgelegenheit selbst, sondern die Finanzierung Kopfzerbrechen verursacht. Grundsätzlich ist natürlich jede solche Anstrengung, das Zentralproblem der deutschen Not zu bewältigen, zu begrüßen. Nach den vielen und kostspieligen Fehlschlägen der Vergangenheit ist aber Skepsis gegenüber Versuchen, die sich in den alten Bahnen bewegen, am Platze. Das gilt vor allem für die Arbeitsstreckung durch schematische Verkürzung der Arbeitszeit um acht Wochenstunden. Politisch gesehen, ist diese Maßnahme ein Zugeständnis an die Gewerkschaften, die seit Jahr und Tag darauf drängen, und nach dem SA.-Verbot eine weitere Abschlagszahlung der Regierung an die Sozialdemokratie für ihre Wahlhilfe und die weitere parlamentarische Tolerierung. Darum paßt es auch ins Bild, daß der Gewerkschaftsführer Stegerwald der Schrittmacher dieses Gedankens im Kabinett war und daß der Wirtschaftsführer Warmbold darüber stürzte. Uebrigens mußte Stegerwald seiner eigenen Ueberzeugung Gewalt antun, um auf die Gewerkschaftslinie einzuschwenken. Im Dezember hat er sich noch im Haushaltausschuß sozialdemokratischen Anträgen auf gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber ablehnend verhalten, jetzt bringt er sie in der gröbsten und einschneidensten Form zur Durchführung.

An und für sich scheint ja der Gedanke der 40-Stunden-Woche einleuchtend: durch allgemeine Kürzung der Arbeitszeit soll Erwerbslosen in den Betrieben Platz gemacht werden. Die ausfallende Arbeit soll ihnen zufallen. Oder anders ausgedrückt: die noch in Arbeit Stehenden sollen nach dem Lohnabbau ein neues Opfer zugunsten der Erwerbslosen bringen. Sie bekommen zwar mehr Freizeit, aber auch dementsprechend weniger Lohn — denn von der früheren Forderung nach Lohnausgleich ist nicht einmal mehr bei den Gewerkschaften die Rede —, und dieser ausfallende Lohnanteil für acht Wochenstunden soll neueingestellten Arbeitslosen zugute kommen. Eine einfache Rechnung, die aber leider manche Fehler enthält. Was den Arbeitsmarkt betrifft, so ist eine fühlbare Entlastung durch diese Maßnahme einfach deshalb nicht zu erwarten, weil faktisch eine Verkürzung der Arbeitszeit in dem vorgesehenen Ausmaß schon weitgehend durchgeführt ist. Im Februar betrug nämlich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Bergbau 40,4, in der Textilindustrie 39,7, in der Metallindustrie 38,7 und in der chemischen Industrie 38,3 Stunden. Wenn man also einige Wirtschafts-